

zipien, die Befehl und Gehorsam für den Inbegriff der Solidarität ausgaben, und durch die Herrschaft der Alten, die den Jungen den Weg versperrten: »Wie alte, lächerlich gewordene Schauspieler oder Sängerinnen merken sie nie, wann der Vorhang gefallen ist.«

Im nachhinein gibt es manches, worin Hoegner nicht recht behielt: Seine Anklage gegen den Parteivorstand, der ins Ausland ging, wo es darum gegangen sei, zu bleiben und die Fahne hoch zu halten, wirkt heute wirklichkeitsfremd, seine Forderung, noch nach dem Reichstagsbrand zum offenen Kampf gegen das Regime anzutreten, gleicht der Stimmung des Offiziers, der nach verlorenem Krieg den Heldentod auf dem Schlachtfeld sucht. Aber die Untätigkeit der Partei vor dem 30. Januar 1933, dieser selbstzufriedene Rückzug auf die Positionen, die man vor 1917 eingenommen hatte, dieser selbstmörderische Attentismus: Das alles belegt und kritisiert Hoegner mit höchster und sensibler Beobachtungskraft und wohlbegründet.

Für den Historiker ist die späte Veröffentlichung dieses Buches hochwillkommen. Zwar hat Hoegner vieles daraus bereits in seinen 1959 erschienenen Memoiren¹ verarbeitet, und so ist nichts eigentlich neu; aber die wesentlich größere Distanz zu den Geschehnissen ging seinerzeit auf Kosten der Authentizität und Intensität der Darstellung. Der größere zeitliche Rahmen bedingte eine erhebliche Kürzung und Straffung, nicht nur auf Kosten der Darstellungsbreite, sondern gelegentlich auch der Genauigkeit. Vor allem aber liefert die nun erschlossene Quelle einen Einblick in Stimmungen und Entscheidungssituationen, die die Protokolle und Zeitungsartikel jener Monate erst zum Leben erwecken und ihr Verständnis ermöglichen. Besonders jenen, die als rückwärtsgewandte Propheten gewohnt sind, mit politisch-moralischem Rigorismus vergangene Entscheidungssituationen zu beurteilen, sei die Lektüre des angezeigten Werks empfohlen: Nicht Verräter oder Saboteure, nicht einmal unfähige Bürokraten treten hier hervor, sondern zuverlässige Verwalter, alterprobte Genossen, denen nur zweierlei fehlte: die Phantasie, neue Wege abseits der eingefahrenen Pfade untauglicher Strategien aufzusuchen, oder aber der Mut, sie auch zu begehen.

Hagen Schulze

Ernst-Ulrich Huster, Die Politik der SPD 1945 — 1950 (= campus Studium: Kritische Sozialwissenschaft 542), Campus Verlag, Frankfurt/New York 1978, VIII, 232 S., kart., 19 DM.

Die wissenschaftliche Bearbeitung der Rekonstruktion des politischen und sozialen Gefüges Deutschlands in der ersten Nachkriegsphase bis in die Anfangsgeschichte der Bundesrepublik kommt allmählich auf Touren. Daß dabei den politischen Parteien besonderes Augenmerk gilt, ist zumindest dann berechtigt, wenn es in den einzelnen Untersuchungen gelingt, Parteiprogrammatik und -geschichte in ein ökonomisch-soziales Umfeld einzubetten, die Politik der Parteien nicht als Realisierung ideengeschichtlicher Überlegungen zu verstehen, sondern als Versuch, unter Berücksichtigung des materiellen Rahmens — im weitesten Sinne des Wortes — politische Gestaltungsversuche zu unternehmen und dabei die eigene Programmatik als veränderbaren Faktor zu begreifen.

Ernst-Ulrich Huster stellt sich in der bearbeiteten Fassung seiner 1976 angenommenen Dissertation mit dem Titel: »Sozialdemokratie und Restauration — zum Verhältnis von Politik und Ökonomie in der Neuordnungspolitik der SPD während der Restitutionsphase Westdeutschlands« diesem Anspruch. Mit einem »politisch-soziologischen Ansatz« soll vermieden werden, sozialdemokratische Politik zu segmentieren, Einzelaspekte zu verallgemeinern: Vielmehr sollen politische und soziale Prozesse und Strukturen wie deren theoretische und programmatische Reflexion dem kategorialen Gesamtzusammenhang der bürgerlich-kapitali-

1 *Wilhelm Hoegner*, Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München 1959.

stischen Gesellschaft zugeordnet werden. Eine Absage also an historisierenden Selbstzweck wie auch an nachträgliche Legitimierung, an weitgehenden Theorieverzicht, wie er den parteisozilogischen Arbeiten bis Mitte der 60er Jahre zugrunde lag, genauso wie an Empirieverzicht, wie er sich in unhistorischer und unkonkreter Vorgehensweise (vgl. Roths »Andere Arbeiterbewegung«) von der realen zur fiktiven Arbeiterbewegung entwickelt hatte.

Die Einlösung dieses Anspruchs setzt neben theoretischer Durchdringung vor allem umfangreiche empirische Arbeit voraus. So sehr ein derartiger Anspruch expandiert, so stagniert seine Einlösung. Eines der wenigen, besonders gelungenen Beispiele dieses Forschungsansatzes ist immer noch die Untersuchung von Erhard Lucas zum Arbeiterradikalismus in Hamborn und Remscheid. Diese Studie verdeutlicht aber auch, welche Voraussetzungen an Material gegeben sein müssen, um nicht wieder in das Schreiben einer Organisationsgeschichte zurückzufallen.

Erst die Analyse gesellschaftlicher Mikrosysteme, die Analyse »ganz unten«, die die Arbeits- und Lebensverhältnisse mit allen Interdependenzen thematisiert, vermag die Antriebskräfte und Barrieren politischer Handlungspotentiale zu qualifizieren und quantifizieren.

Für den Untersuchungszeitraum liegen in der Zwischenzeit einige lokale Untersuchungen vor (Peter Brandt, Antifaschismus und Arbeiterbewegung; Holger Christier, Sozialdemokratie und Kommunismus; Niethammer/Borsdorf/Brandt [Hrsg.], Arbeiterinitiative 1945), andere werden in der Folge eines expandierenden lokalgeschichtlichen Forschungsansatzes mit Sicherheit folgen.

Hier soll nicht der Atomisierung von Politik das Wort geredet werden, aber es dürfte unstrittig sein, daß eine umfassende Aufarbeitung der Arbeiterexistenz als Bestimmungsfaktor der Politik der Arbeiterbewegung — auch auf Grund einer schwierigen Materiallage — bisher eben nicht den notwendigen Stellenwert hatte. Untersuchungen über nationale Programmdebatten, Strategien und dagegen organisierte Widerstände behalten ihren Stellenwert, stellen sie doch eine — wenn auch nicht immer widerspruchsfreie — Verallgemeinerung politischen Willens einer Organisation dar und signalisieren gleichzeitig den Stand der sozialen und politischen Auseinandersetzungen.

Dabei kann Huster auf eigene Vorarbeit zurückgreifen. 1972 erschien von ihm und anderen »Determinanten der westdeutschen Restauration«, ein Band mit umfangreichem Material zur sozio-ökonomischen Lage in den Westzonen nach 1945 und zu den unterschiedlichen Konzeptionen alliierter Deutschlandpolitik.

Hier knüpft er an, wobei er sich nicht auf die Frage kapriziert, ob die SPD ihre Zielvorstellungen ganz allgemein durchsetzen konnte oder nicht, sondern ob und wie sie die sozialen Interessen ihrer Basis und die daraus folgenden Vorstellungen in die Nachkriegsphase einzubringen suchte und eine diesen spezifischen Bedingungen angemessene Politik betrieben hat (S. 177).

Er geht in seiner Studie ausführlich auf den Stellenwert einer Politik der Struktureingriffe innerhalb der sozialdemokratischen Neuordnungsvorstellungen ein, die er an Hand der Sozialisierungsfrage und der Bodenreform konkretisiert, schildert darüber hinaus den Stellenwert staatlicher Rahmenplanung und Mitbestimmung als Grundelemente einer sozialistischen Planwirtschaft und diskutiert das Beziehungsgeflecht zwischen Wirtschaftsverfassung und Grundgesetz. Zur Sozialisierungsdebatte werden die Entwicklungen in den einzelnen Ländern beleuchtet und neue Materialien eingebracht, die das Dilemma sozialdemokratischer Politik gerade 1945 ff. verdeutlichen: Einerseits entzog sie sich dem Verdacht, mit der politisch diskreditierten KPD-Politik identifiziert zu werden, indem sie Kompromisse mit bürgerlichen Parteien anstrebte zu einem Zeitpunkt, wo es von den Mehrheitsverhältnissen her nicht notwendig gewesen wäre und die Schwächung der eigenen politischen Stoßkraft zur Folge hatte; zum anderen setzte die Sicherung der Reproduktionsbedingungen — als Existenzvoraussetzung ihrer eigenen sozialen Basis — die Ingangsetzung der Wirtschaft voraus: »Die-

sem vorrangigen Ziel ihrer sozialen Basis ordnete die SPD — in ihrer eigenen Logik — folgerichtig längerfristige Ziele unter. Infolgedessen adaptierte sie Entwicklungen und Prozesse, auch wenn diese gegen ihre mittel- und langfristigen Zielvorstellungen gerichtet waren« (S. 141).

Huster erhärtet, daß die Stunde Null nicht existierte: Zerschlagen war das politische System, nicht jedoch die Produktionsweise und nicht die Masse der Produktionsstätten. Zur auch nach dieser Untersuchung noch ungelösten Frage der Mobilisierbarkeit der Massen kommt die Frage nach den Grenzen konfliktorischer Strategien.

»Die Besatzungsmächte duldeten soziale Unruhen nur begrenzt. Dies durchzusetzen, verfügten sie über mehrere Mittel. Zum einen wurden die Forderungen der Organisationen der Arbeiterbewegung nicht zuletzt nur in dem Maße erfüllt, wie es SPD und Gewerkschaften gelang, Ordnungsfunktionen wahrzunehmen. Zum anderen drohten die Militärregierungen angesichts sich ausweitender Streikaktionen unverblümt mit Belagerungszustand und Standrecht, sofern Produktionsanlagen oder die Ordnungsmächte selbst angegriffen würden; und schließlich verfügten die Besatzungsmächte mit den ausländischen Hilfslieferungen über ein wichtiges Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen, da unter den derzeitigen Umständen die Ernährung der Bevölkerung nur über diese Hilfe sicherzustellen war.«

Die Antizipation alliierter Interventionen, ein tradiertes Politikverständnis der in der Weimarer Republik politisch sozialisierten und für 12 Jahre von Kommunikationsprozessen ausgeschlossenen Wiedergründer der Partei, ein verkürztes Verständnis des Verhältnisses von Politik und Ökonomie sowie eine spezifische, die eigene Organisation entlastende Verarbeitung des Faschismus taten ein übriges, sich mit einem Antrag auf ein Volksbegehren als einzigem Ausbruchversuch zu begnügen.

»Aufrechterhaltung ihrer grundsätzlichen Forderungen und Zustimmung zu Aktionen, denen restaurative Momente notwendig innewohnten, schlossen einander nicht nur nicht aus, sondern entsprangen beide dem skizzierten Verständnis des Verhältnisses von Ökonomie und Politik. Die Kritik der Partei an der Restauration bei gleichzeitiger Zustimmung zum Marshall-Plan war nicht Lüge. Sie war Ideologie; Ideologie, insofern sie die Ursachen der Restauration auf personalistische Momente verkürzte« (S. 116)

Husters Untersuchung weist überzeugend nach, daß der Sozialreformismus der SPD in den 40er Jahren keine Chance hatte, sich politisch durchzusetzen, da vor allem die amerikanische Besatzungspolitik sämtliche Ansätze sozialistischer Politik im Keim zu ersticken suchte — und dies auch konnte.

Dieser Tatbestand trug zur »Entmischung« der beiden Grundzüge sozialdemokratischer Politik bei. Sozialintegrative Politik, insbesondere in Ländern und Kommunen, wo sich Gestaltungsmöglichkeiten ergaben, und sozialistisch orientierte Programmatik existierten einige Zeit — wenn auch nicht friktionsfrei — nebeneinander.

Bleibt zu untersuchen, welches die materielle Basis einer sozialintegrativen Politik der Sozialdemokratie nach 1945 war und wo sie eine neue »Qualität« gegenüber der Tradition des Gemeindesozialismus beinhaltet.

Wolfgang Jüttner

Wilfried Loth, Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas. 1940 - 1950 (= Studien zur Zeitgeschichte, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte), Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1977, 414 S., Snolin, 38 DM.

Wilfried Loth gibt in seiner überarbeiteten Saarbrücker Dissertation eine genaue Analyse der internationalen Ideen der S.F.I.O. in der Nachkriegszeit. An den Beginn stellt er die Frage nach der Funktion des »Internationalismus« (definiert als: »Distanz von klassischem interna-